



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/26

31. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Friedrich Ebert zum Gedenken	S. 1
Freiere Entwicklung der Türkei	S. 3
Lastenausgleich vor dem Bundestag	S. 4
Wachrichten aus der Sowjetzone	S. 5

Der Volkspräsident

Am 4. Februar wäre Friedrich Ebert 80 Jahre alt geworden
Von O.F. Heinrich

Es war nicht der offizielle Titel Friedrich Eberts, der inmitten einer innen- und aussenpolitischen Wirrnis an die Spitze des Reiches gewählt wurde, nachdem zuvor schon die Lenkung der Staatsgeschäfte praktisch seinen Händen anvertraut war. Doch als er starb, als der Tod diesen Mann aus dem Volke viel zu früh seiner Arbeit entriss, hätte er sich im tiefsten Sinne des Begriffs Volkspräsident nennen dürfen: es wäre die rechte Bezeichnung für sein Streben, seinen staatsmännischen Eifer und seine männliche Würde gewesen. Mag das Wort damals nicht geprägt worden sein, der schlichte Gedenkstein auf dem Heidelberger Bergfriedhof mahnt es sich nachträglich mit seinem Sinnpruch ein: Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel.

Wie wenige von denen, die hohen Ämtern ihre Kraft zuwandten oder gar Staatsgebilde lenkten, dürfen sich das Endergebnis ihres Wirkens durch die Wahrheit eines solchen Wortes bestätigen lassen! Wo finden sich Absicht und Erreichtes in solch gutem Einklang wie bei dem grossen Sohne Heidelbergs, einem Manne, der in einer beinahe unvoreilhaftigen Bescheidenheit nach dem ersten Weltkrieg das Reich so repräsentierte, dass heute noch und gerade heute, 26 Jahre nach seinem Tode, die massgebenden Zeitgenossen seiner Politik den Namen Friedrich Ebert mit Ehrfurcht vor der Leistung und mit einem ernststen Bedauern über die Vernachlässigung seiner persönlichen Anerkennung

zu seinen Lobrednern aussprechen.

Ob er darunter gelitten, ob die mangelnde Einsicht vieler Deutscher ihm nicht oft und öfter die wenigen Stunden vergällt hat, die der Mensch Friedrich Ebert für sich und die Seinen beanspruchen durfte? Diese Frage wurde lange nach dem zweiten Weltkrieg an den persönlichen Kreis des Toten gerichtet. Es war die tapfere Begleiterin durch das Inferno der Missverständnisse und der bewusst tückischen Nachstellungen und Verleumdungen, es war seine hochbetagte Gefährtin, Louise Ebert, die die Antwort darauf gab: "Wir alle litten darunter." Das Wort, leise hing gesprochen, Trauer und sachlichen Vorwurf gleichermassen enthaltend, lag lange noch im Raum, als wir des Toten gedachten und jeder, der es hörte, stattete in dieser Stunde den Dank ab, den Tausende, einst seiner führenden Obhut anvertraut, zu geeigneter Zeit versäumten. Gewiss, der äusseren Anerkennung bedurfte dieser Mann nicht; dazu war er als Mensch zu gross, aber der Stille seines Sichgebens, der Demut, mit der er dem Volke seine Gabe darbot, hätte ein ganzes Volk und nicht nur eben ein grosser Teil beizeiten mit dem Merkmal der sichtbaren Dankbarkeit begegnen müssen und nicht mit dem gehässigen Gegenteil, wie es damals die Opposition anbot.

Der Gedanke an die Möglichkeit eines Bruderkrieges, dessen Grund sich auch aus damals bestehenden ideologischen Verschiedenheiten vorbereiten lässt, dieser Gedanke beherrscht heute die Nachdenklichen, vielleicht alle dies- und jenseits der Elbe. Friedrich Ebert kämpfte unter Verzicht auf Popularität für die demokratische Freiheit im Innern des Reiches und siegte. Was wirtschaftlich wie politisch heute eine Besatzung bedeutet, weiss jeder. Sie wäre damals zusätzlich gekommen, hätte Ebert nicht den Vertrag von Versailles rechtzeitig und unter dem Ausblick auf das spätere Zerbröckeln der praktischen Ausmasse unterschrieben. Er tat es mit der bitteren Belastung des Verantwortlichen, der indes für die militärische Niederlage des Reiches und eben diesen Friedensschluss nicht verantwortlich war. - Dieses Reich ist heute in zwei Hälften gespalten, da es sich von seiner Politik abwandte. Der vielbefehdete "Sattler" aus der Neckarstadt hielt es entgegen aller vom Augenblick zehrenden Versuche der Separatisten und Partikularisten fest im ursprünglichen Gefüge.

Drei Beispiele nur! Damals standen sie als Menetekel an der Wand des politischen Geschehens; in unseren Tagen zeigen sie die tragische

Linie ins Negative auf, und wir können sie von Tag zu Tag verfolgen. Der Mann, der an höchster Stelle des Reiches diese geschichtlich weittragenden Belastungen verhindern half, hat den Irrweg unseres Volkes nicht mehr erlebt. Vielleicht ist das die einzige grosse Güte, die das Schicksal dem Volkspräsidenten Ebert erwies. Heute rechten wir um Ursache und Schuld. Es wäre besser, das ideelle Vermächtnis der Grössen unseres Volkes zu erkennen und weiterzutragen. Es wäre ein spürbarer Dank, wenngleich ein später, insbesondere an Friedrich Ebert, dessen Leben im Zeichen der bedingungslosen Verantwortung stand und der sich selbst aus dieser Verantwortlichkeit nicht entliess, als der Tod bereits mahnend an ihm herantrat. So bleiben nur die wahrhaft Grossen sich selber treu!

+ + + + +

Die Türkei - heute

z. Istanbul, im Januar

Der erste und stärkste Eindruck bei einer Reise durch die Türkei ist der von der Ruhe und Gelassenheit, mit der man offiziell wie in der Bevölkerung auf die Drohung reagiert, der das Land durch seine Lage und durch seine strategisch wichtigen Meerengen von jeher ausgesetzt war und ist. Genährt wird diese Haltung von der festen Entschlossenheit, sich der Gefahr gewappnet zu zeigen, die aus der Gesamtlage spricht.

Seit einem Jahrzehnt hat die Türkei, bei erst nur 18 und jetzt knapp 20 Millionen Einwohnern, unter grossen Opfern und gegen ihren Willen ständig fast eine Million Mann unter Waffen gehalten und sich dadurch vor allem den Frieden bewahrt; die zur Zeit knapp 2/3 Million Mann starke aktive Armee ist stärker als die jedes anderen Landes - ausser in den undurchsichtigen Staaten des östlichen Bereichs. Diese Armee ist heute durch die Hilfe der Trumanhilfe und durch ständige amerikanische Kommissionen und Ausbilder auf einen für orientalische Begriffe bewundernswerten hohen technischen Stand gebracht. Über die Moral dieser Armee sagen genügend die Berichte aus Korea aus, wo seit November sich ein türkisches Kontingent hervorragend schlägt.

Dies alles und auch der immer wiederholte Besuch westlicher Einheiten im Bosphorus, das Kreuzen imponierender Kriegeschiffe im Mittelmeer und in der Ägäis hat das allgemeine Gefühl verstärkt, dass

man bei einer akuten Gefahr vorbereitet wäre, soweit das menschenmöglich ist. Und die sich seit langer gleich gebliebene türkische Aussenpolitik handelt so klug und bei aller Verhaltenheit zielbewusst, dass auch von ihr Ruhe geradezu ausstrahlt.

Im Zeichen dieser Sachlage ist der vor einem guten halben Jahr vor sich gegangene Wechsel des inneren Systems nahezu reibungslos verlaufen. Die bis dahin allein massgebende autoritäre Republikanische Volkspartei ist mit einem Schlage von der fortschrittlichen Demokratischen Partei abgelöst worden, was ein Herumwerfen des innenpolitischen Ruders um fast 180 Grad bedeutete. Seitdem erfreut sich die Türkei einer für dortige Begriffe recht grossen Freiheit, wie sie bisher im Orient unbekannt war. Es sieht alles danach aus, als ob Land und Volk davon auf die Dauer profitieren würden, wenn erst einige der natürlichen Anfangs- und Umstellungs-Schwierigkeiten überwunden sein werden, die sich in einigen polizeilichen Sicherheitserscheinungen und in einem noch etwas gehemmten Gang mancher wirtschaftlichen Änderungen äussern. Manche dieser Schwierigkeiten erscheinen übrigens mehr nur als solche, da die nunmehr bestehende Pressefreiheit viele Schatten schärfer wirft als sie in Wirklichkeit sind: die Erscheinungen bestanden bisher nicht weniger, durften aber nicht publiziert werden. -Ohne Zweifel hat das neue System das Volk noch mehr als bisher vereint. Der Kommunismus spielt -ausser naturgemäss in einigen labilen Elementen der Millionenstadt Istanbul- kaum eine Rolle; ein Volk, das seit 200 Jahren dem ständigen Druck des russischen Imperialismus ausgesetzt war, hat kaum eine Neigung für das System solches Gegners.

+ + + + +

Lastenausgleich vor der Volksvertretung

(sp) Nach jahrelanger Diskussion auf breitester Grundlage ist jetzt der Lastenausgleich, eine Kernfrage der innerdeutschen Entwicklung, zum ersten Mal vor die Volksvertretung gekommen. In der Grundsatzaebatte der ersten Lesung wurden in konzentrierter Form die unterschiedlichen Auffassungen der Parteien vorgetragen, da eine knapp bemessene Zeit dazu zwang. Es musste Farbe bekannt werden und das Urteil der Betroffenen selbst wird zuletzt wesentlich von der Behandlung dieser Frage im Plenum des Bundestages als der entscheidenden letzten Instanz abhängen.

Die Dinge haben sich im Grunde auf die eine Formel 'quotaler

oder sozialer Lastenausgleich' verdichtet. Man muss den Unterschied noch einmal in knaptester Form definieren:

'Quotal' nennt man einen Lastenausgleich, bei dem die zur Verfügung stehenden Mittel nur an die Wenigen verteilt werden sollen, die einen Vermögensschaden erlitten haben. Das wird immer nur zu einem bestimmten Prozentsatz, eben einer Quote, möglich sein. Diese Art von Lastenausgleich will also ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Situation des Menschen in starkem Masse die früheren Besitzverhältnisse bestimmend sein lassen.

'Sozial' ist ein Lastenausgleich, bei dem die zur Verfügung stehenden Mittel nach sozialen Gesichtspunkten verteilt werden sollen. Hier wird denen zuerst geholfen, die durch den Verlust ihrer Existenzgrundlage am stärksten bedroht sind, also den Alten, den Arbeitsunfähigen und Kindern. Die Hilfe besteht für die Arbeitsunfähigen in einer Rente, die ihnen von Rechts wegen zustehen soll. Den arbeitsfähigen Menschen soll bei der Neubegründung einer Existenz geholfen werden, die ihren Fähigkeiten entspricht und sie in die Wirtschaft produktiv eingliedert. Dazu gehört in erster Linie der Bau von Wohnungen dort, wo Arbeitsplätze zur Verfügung stehen oder geschaffen werden können, die Ausstattung mit Hausrat, die Bereitstellung von billigen Krediten zum Aufbau einer selbständigen Existenz und andere Massnahmen.

Die Sozialdemokratie lehnt den Quotalen Lastenausgleich ab, zumindest in der Form des Regierungsentwurfes. Sie hält es für ungerecht, wenn z.B. eine alte Frau, die sich in ihrer Heimat durch die Vermietung eines möblierten Zimmers recht und schlecht durchgeschlagen hat, jetzt nichts erhält und der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt, weil der Wert ihres Vermögens, einige alte Möbel, verbrauchte Wäsche, abgenutzter Hausrat, nur sehr gering war, während ein voll arbeitsfähiger junger Mann aus dem Verlust von einigen tausend ha Ackerland immerhin noch soviel erhält, dass er wieder Besitztum erwerben kann, um andere Menschen darauf arbeiten zu lassen, selber aber ohne eigene Arbeitsleistung leben zu können.

Die Beratungen über den Lastenausgleich im Parlament werden Monate dauern. Man wird mit grosser Aufmerksamkeit darauf zu achten haben, ob und wo sich Verzögerungstendenzen bemerkbar machen. Leider wird solches Bestreben schon im Regierungsentwurf selbst sichtbar, der bekanntlich die "letzte Entscheidung" bis zum Jahre 1952 hinauschieben will.

Neubauern geben das Rennen auf

sp. Seit einem halben Jahr wächst ständig die Zahl der Ostzonen-Neubauern, die ihre Liliput-Wirtschaften im Stich lassen. Sie geben das Rennen auf, nachdem sie drei oder vier Jahre lang unter grossen Entbehrungen ihre kleinen Stellen bewirtschaftet hatten. Die meisten sind jetzt am Ende. Die herrrenlosen Ländereien nehmen in einem solchen Umfange zu, dass das Zentralkomitee der SED sich jüngst mit der unaufhaltsamen Zunahme der ungenutzten landwirtschaftlichen Nutzflächen befassen musste.

Allin im Lande Mecklenburg verliessen im letzten halben Jahr über 400 Neubauern ihre kleinen, 5-7 ha grossen Stellen, die viel zu klein sind, um die hohen Ablieferungsnormen auf die Dauer auch nur annähernd zu erfüllen. Es ist keine Seltenheit, dass Neubauern seit zwei Jahren keine Hausschlachtung vornehmen konnten. Die überspitzte Ablieferungsnorm in tierischen Erzeugnissen liess ihnen kein Schlachtvieh für den eigenen Bedarf übrig. Das gleiche gilt für pflanzliche Produkte.

In den letzten Wochen hat sich ^{die} Flucht der Neubauern noch verstärkt, weil 1951 die Pflichtablieferung für tierische Produkte erneut um ein Drittel erhöht werden soll. Selbst das Zentralkomitee der SED musste feststellen, "dass das von den Neubauern aufgegeben und verlassene Land in den meisten Fällen ohne Vieh und Inventar ist und dass nur selten Wohnhäuser bzw. Ställe vorhanden sind". Diese Offenheit setzt in Erstaunen, wenn man weiss, wie sehr von ostzonalen Propagandisten die "aufblühenden, kraftvollen Neubauerndörfer" als Aushängeschild für die nichtsahnende breite Öffentlichkeit und besonders für den Westen benutzt werden!

Nachrichten aus der Ostzone:Die FDJ schwänzt

sp. Das analog zum SED Parteischuljahr durchgeführte FDJ-Schuljahr stösst auf den Widerstand breiter Mitgliederkreise der FDJ. Im Potsdamer Karl-Marx-Werk haben sich von insgesamt 150 jugendlichen FDJ-Mitgliedern nur 17 bereiterklärt, an den Veranstaltungen dieses Jahres teilzunehmen. Ähnliche Meldeergebnisse sind auch aus anderen brandenburgischen Grossbetrieben bekannt geworden. Der FDJ-Zentralrat hat jetzt alle Landesverbände angewiesen, um jeden Preis die Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen durch intensive Werbung auch unter den indifferenten Jugendlichen zu erhöhen.

"Pflichtliteratur"

sp. "Dass verschiedenen Parteileitungen noch lange nicht der Sinn des Aufzeigens von Fehlern, Schwächen und Mängeln klargeworden ist, bewies die Fakultätsgruppenleitung der Pädagogischen Fakultät der Universität. Beim Überprüfen der Arbeit der Zirkel 4 und 7 der Politischen Grundschule stellte ich fest, dass beiden Zirkelleitern bis zum gegebenen Tage noch nicht die genaue Zahl ihrer Mitglieder bekannt war. Auch wussten die Zirkelsekretäre nicht, wie sie die Genossen und FDJler auf ihr pflichtloses Verhalten aufmerksam machen sollten, da ihnen bis jetzt die Anschriften ihrer Zirkelmitglieder gleichfalls fehlen. So ist es auch zu erklären, dass im Zirkel 7 von 27 Genossen zur Eröffnung des Schuljahres am 4. Schultag nur noch 11 anwesend waren. Ja, es ist sogar an der Tagesordnung, dass sich nur 20 bis 25% der Genossen Studenten mit der Pflichtliteratur beschäftigen." Aus der "Freiheit" (SED Sachsen)

+ + + +

Vopo - "Heldenklau"

sp. Sonderbeauftragte der Volkspolizei Hauptverwaltung überprüfen gegenwärtig alle VOPO-Verwaltungsdienststellen auf ihre Besetzung. Diese Massnahmen gehen auf eine besondere Anweisung des Chefs der sowjetischen Volkspolizei, Karl Maron, zurück, wonach die VOPO-Verwaltungsdienststellen reorganisiert und die dadurch freiwerdenden Kräfte in die Bereitschaften eingereiht werden sollen. In Kreisen der betroffenen Volkspolizisten wird diese Aktion mit der "Heldenklau-Kampagne" von 1944 des Generals Unruh verglichen.

+ + + +

Volkspolizei in Fallschirmen

sp. Der Flugplatz Altenburg, der während des Krieges als mittlerer Flugplatz gewertet wurde, hat seit Kriegsende das Vierfache seiner damaligen Grösse erhalten. Seit dem 15. September 1950 werden auf dem Gelände des Flugplatzes rund 200 Volkspolizeioffiziere als Fallschirmjäger ausgebildet. Einzel- und Massenabsprungübungen erfolgen bei gutem Wetter aus sowjetischen zweimotorigen Maschinen, soweit die Bodenausbildung mit Sprungbrett, Fallschirmübungen am Boden usw. bereits abgeschlossen ist. In letzter Zeit wurden am Rande des Flugfeldes mehrere 25 x 50 grosse und ungefähr 35 m tiefe Schächte angelegt.

- + - + - +

Sichtbarer Erfolg des Zweijahresplans

"Wer kann helfen? Ein Wählerauftrag unseres sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz und das erste Projekt des Fünfjahresplans, das in Sachsen anlief, ist der Bau der "Strasse der Freundschaft" an der polnischen Grenze zwischen Lodzau-Muskau. Termin für die Fertigstellung ist der 30. Juni 1951.

Zur Errichtung der Baustelle werden dringendst für die Gleisverlegung Gleisbolzen Halbzoll mal 55 bis 65 benötigt, die z.Z. fehlen.

Wir rufen alle volkseigenen Betriebe, Behörden und Privatfirmen auf, bei Überwindung dieses Engpasses zu helfen. Wir sind für die kleinste Menge dankbar."

"Leipziger Volkszeitung" (SED Westsachsen)

+++++*****

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt